

Zeitschrift: Zenit
Herausgeber: Pro Senectute Kanton Luzern
Band: - (2015)
Heft: 3

Artikel: Schweizer Geschichte. Teil 11, "Katholisches Ghetto" im liberalen Staat
Autor: Steffen, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-820582>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Herr Segesser meint, man braucht nicht zu glauben, um zu schlucken, und ladet seine getreuen Luzerner wohlwollend ein, das letztere freiwillig zu tun.»

Mit der Vereinheitlichung von Geld, Massen, Gewichten, Post und Zöllen nach 1848 boomte die Schweiz wirtschaftlich und industriell. Doch die katholische Minderheit verweigerte sich diesem «Modernismus». Erst nach 43 Jahren Kulturkampf fanden die Katholiken einen Ausweg aus ihrem selbst gewählten Ghetto.

Der freisinnige Staat

Mit 15 1/2 gegen 6 1/2 Kantonsstimmen wurde 1848 die neue Bundesverfassung angenommen. Die Sonderbundskantone (damals 17 % der Gesamtbevölkerung von 2,4 Millionen) lehnten sie klar ab: Obwalden mit 97 %, Appenzell Innerrhoden mit 93 %.

Luzern nahm an, dank eines Verfahrenstricks: Die Nichtstimmenden wurden zu den Ja-Stimmen gezählt. 1871 errangen hier aber die Konservativen wieder die absolute

«Katholisches G

Mehrheit im Kantonsparlament und behielten diese bis 1987.

In der katholischen Innerschweiz gab es weder Universitäten noch Banken. Kein guter Katholik studierte Naturwissenschaften oder Ingenieurwesen. Die wenigen «Besseren» besuchten die Stiftsschule in Einsiedeln, Engelberg oder Disentis und studierten Theologie oder Philosophie an der 1889 gegründeten katholischen Universität Freiburg im Uechtland. Laut Gründungsurkunde sollte sie «Eliten ausbilden, die das Volk vor den Gefahren der Moderne schützen». Trotzig entstand ein «Bollwerk gegen die liberalen Herren von Bern». Das katholische Selbstbewusstsein erstarkte. Ein dichtes Netz von Zeitungen, (Das Vaterland, 1871–1991), Vereinen (Piusverein, Schweizerischer Studentenverein) und neuen Gemeinschaften entstand (Baldegger, Ingenbohler, Menzinger Schwestern). Ein «Antimodernismus mit modernen Mitteln» (Zitat Urs Altermatt, Historiker) sollte die Liberalen besiegen.

Bis 1891 stammten alle sieben Bundesräte aus dem liberal-radikalen Lager. Im Bundesparlament dominierten Männer der Wirtschaft: Unternehmer und Anwälte. Nur 5 % waren Unselbstständige. Als Motor dieser aufstrebenden Schweiz galt fast vierzig Jahre lang der Zürcher Gründer der Kreditanstalt (Credit Suisse), Mitbegründer der ETH und Promotor der Gotthardbahn Nationalrat Alfred Escher. Ein Wildwuchs von privaten Eisenbahnen überzog die Schweiz – 1861: 1051 km, 1880: 2575 km. Es kam zum Konkurrenzkampf unter den zahlreichen Eisenbahngesellschaften, bis die vier wichtigsten schliesslich 1898 vom Bund aufgekauft und in die SBB überführt wurden.

Die Einführung der Verfassungsrevision

Das «System Escher» der «Bundesbarone» wurde nicht nur von katholischer Seite her bekämpft. Eine kleinbürgerliche «linksfreisinnige» Volksbewegung in den Industriekantonen forderte die Abschaffung des Schulgeldes und die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit. Das Fabrikgesetz von 1877 begrenzte dann die tägliche Maximal-Arbeitszeit auf 11 Stunden. Im dritten Anlauf gelang 1874 die Verfassungsrevision: Die Oberaufsicht des Bundes über Armee, Wirtschaft (Geldwesen und Banken), Zölle, Strassen, Wälder, Gewässer und über das Soziale (Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit) liegt seither beim Bund. Die Religionsfreiheit blieb erhalten. Im Detail aber

»ghetto« im liberalen Staat

wurde bestimmt: Keine neuen Bistümer oder Orden, Ehen sind nur noch vor dem Standesamt rechtsgültig. Der Staat steht über den Kirchen.

Der Kulturkampf

Die neue Verfassung war – nach dem Sonderbundskrieg – ein zweiter Sieg der reformierten Liberalen über die Katholiken. Mit seiner Enzyklika «Syllabus errorum» (ein Verzeichnis der Irrtümer wie Rationalismus, Liberalismus, Sozialismus etc.) von 1864 holte sich der «Antimodernisten-Papst» Pius IX. (1846–1878) bei allen Liberalen nur Spott und Hohn. Kaum hatte dieser letzte Territorialfürst und «Papst-König» den Kirchenstaat an die italienischen Liberalen verloren, versuchte er 1870, seine «Weltmacht» mit dem Unfehlbarkeitsdogma zu behaupten.

Die Auswirkungen waren auch in der Schweiz verheerend: Weil der Bischof von Basel, Eugène Lachat, papstkritische Priester exkommuniziert hatte, wurde er abgesetzt und das Bistum aufgelöst. Die Berner besetzten den Lachattreuen Berner Jura militärisch. Sie vertrieben dort die «papistischen» Priester. Die neu entstandene «papstfreie» christkatholische Kirche förderten sie mit allen Mitteln. So wurde an der Uni Bern eine christkatholisch-theologische Fakultät errichtet. Der Bund brach sogar die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ab.

Eine vorläufige Entspannung fand sich erst 1884: Im Einvernehmen mit dem Papst wurde das Bistum Basel und Lugano wieder hergestellt. Lachat verzichtete, und der Propst des Domkapitels von Solothurn, Friedrich Fiala, wurde zum Bischof ernannt. Durch Verfassungstreue und Diplomatie fanden später konservative Politiker wie Philipp Anton von Segesser (1817–1888) aus Luzern und Josef Zemp (1834–1908) aus Entlebuch Auswege aus dem «Ghetto».

Segesser war zeitlebens Nationalrat und Oppositionsführer in Bern, und Zemp wurde 1891 der erste katholisch-konservative Bundesrat. Vorausgegangen war 1886 die pompöse 500-Jahr-Feier der Schlacht bei Sempach: Konservative und Liberale versöhnten sich am «Altar der eidgenössischen Helden-Geschichte» und im gemeinsamen Kampf gegen den aufkommenden Sozialismus. Der 1. August wurde zum Nationalfeiertag erklärt und das Jahr 1291 zum Gründungsdatum des Rütli-Bundes erhoben, obwohl die Urner schon immer das Jahr 1308 bevorzugt hatten, wie es Aegidius Tschudi im 16. Jahrhundert propagiert hatte.

Eine bedeutende Neuerung war die Einführung der Verfassungsinitiative 1891. Das Volk wurde damit zum Souverän, denn mit ihr und dem Referendum konnte es jederzeit ins politische Geschehen eingreifen – ein Unikum weltweit und einer der Schlüssel zur Stabilität unseres politischen Systems. In der Einwanderungspolitik erwiesen sich unsere liberalen Gründerväter erstaunlich grosszügig: Als einziges erfolgreiches «Produkt» der europäischen 1848er-Revolution nahm die Schweiz über 30 000 Revolutionäre aus den umliegenden Ländern auf, unter ihnen Garibaldi, Mazzini, Richard Wagner, Gottfried Semper und Michail Bakunin, die Vaterfigur des Anarchismus.

Weniger grosszügig war man mit den Frauen. Ihre Tätigkeit blieb auf die drei Ks beschränkt (Kinder, Kirche, Küche). Bis 1881 waren sie unmündig, d. h., auch als Erwachsene brauchten ledige oder verwitwete Frauen für sämtliche Geschäfte einen männlichen Vormund. Auch Katholiken, die im reformierten Umfeld lebten, hatten es nicht leicht: Obwohl Zürich bereits 1896 die Schweizer Stadt mit dem grössten Anteil an Katholiken war, wurden diese beim Bau neuer Kirchen oft schikaniert: Kirchtürme waren verboten. «Wir fühlten uns in Zürich ungefähr so unwohl, wie Muslime sich heute in der schweizerischen Gesellschaft fühlen dürften.» (Ein Zürcher Katholik, Jahrgang 1948).

Auf ganz besondere Art verarbeiteten die Schwyzer die Sonderbundsniederlage und den «katholischen Minderwertigkeitskomplex»: Sie führten 1863 erstmals Japanesenspiele auf, in welchen die freisinnige Bundespolitik, aber auch die eigene Enge und Rückständigkeit verspottet wurden. Der japanische Kaiser konnte darin etwa den gesamten Bundesrat als «geldgierige Krämer» beschimpfen und deren Gesandte unter tosendem Applaus zum Teufel jagen: Humor befreit – oft auch aus politischen Engpässen.

Nächste Folge: Der Kampf um den Sozialstaat:
Der Landesstreik 1918



Dr. phil. Walter Steffen ist Historiker. Geboren 1945 in Luzern, Städtisches Lehrerseminar und Studien in Zürich und Bologna. 30 Jahre Lehrer für Geschichte, Italienisch und Englisch an den Lehrerseminarien Luzern und Hitzkirch. Seit der Pensionierung Reiseleiter für Italien.